

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark.  
Postbezugspreis für Monat Mai 2,50 Goldmark, Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 am Ende  
Seite 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen  
zwei 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 mm breite Reklameweile 150 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg., Offertengelder 10 Pfg., Inseratentgelte gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Henschel & Nachf. in Dresden.  
Postfach-Nummer 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Der belgische Besuch in London.

### Die Absendung der Ententnote über die Militärkontrolle erfolgt erst nach den deutschen Wahlen!

#### Seringfügige Zusammenstöße mit Maidemonstranten. — Sturz der mecklenburgischen Regierung?

### Die Abreise der belgischen Minister nach London.

Brüssel, 1. Mai. Die Minister Thonnis und Gynans haben heute mittag die Reise nach London angetreten. Die Minister werden morgen vormittag mit dem belgischen Botschafter in London konferieren und am Nachmittag nach Odeurs abreisen, um dort bis Sonnabend nachmittag bei dem englischen Premierminister zu bleiben. Die Minister haben die Absicht, Sonnabend die Rückreise nach Brüssel anzutreten.

### Schwindender Pessimismus in London.

London, 1. Mai. Die politische Kreise scheinen heute die Aussichten auf eine Regelung und eine Annahme des Sachverständigenberichts durch alle interessierten Mächte keineswegs pessimistisch zu beurteilen. Die große Bedeutung des heutigen Besuchs der belgischen Minister in London und ihre wichtige Rolle bei den Verhandlungen wird anerkannt, und es wird hervorgehoben, daß die Ansichten Englands, Italiens und Belgiens über den Dawesbericht und die darin vertretene Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands identisch sind. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß sich auch die französische Regierung, wenn sie auf einer Fortsetzung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes besteht, dieser Ansicht nähert.

### Entscheidung über die französische Sabotage in Italien.

Rom, 1. Mai. In den hiesigen politischen Kreisen herrscht über die französische Sabotage die Ansicht, die Gutachten der Sachverständigen, zu deren Annahme Deutschland sich bereit erklärt, zu sabotieren, harte Enttäuschung. In einem inspirierten Leitartikel greift der „Corriere Italiano“ die französische Politik ungewöhnlich heftig an. In Frankreich wolle man nicht leben zu können, solange Deutschland noch atme. Daher verleihe man mittels der Reparationspolitik geradezu durch Herabsetzung Deutschlands Tod herbeizuführen. Selbst wenn die Expertenberichte angenommen seien, werde Frankreich seiner Durchführung passiven Widerstand entgegenzusetzen. Um so wichtiger erscheine nun die Mailänder Zusammenkunft. Mussolini hoffe dabei, Belgien auf die Seite Englands und Italiens zu ziehen. Italien habe seine Lust mehr, in der Reparationsfrage eine untergeordnete Rolle zu spielen, sondern wolle seinen Willen zur Maßigung auch zur Geltung bringen.

### Warum nicht vor den deutschen Wahlen?

Paris, 1. Mai. In der Sitzung der Vorkonferenz von heute vormittag ist ebenfalls die Auffassung durchgedrungen, daß es nicht opportun wäre, die Frage der internationalen Militärkontrolle vor den Reichstagswahlen aufzurollen. Demgemäß verbreitet das über die Sitzung folgende Kommuniqué: „Die Vorkonferenz hat sich in einer

heute vormittag abgehaltenen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten sowie mit der Antwort beschäftigt, die demnach Deutschland in der Frage der internationalen Militärkontrolle erteilt werden soll. Diese Note wird nicht vor nächster Woche nach Berlin abgehen können.

Diese Meldung spricht Hände. Sie ist einmal ein neuer Beweis für die Pariser Stellungnahme und die dortigen Beeinflussungsversuche zu den deutschen Wahlen. Sie ist aber auch ein Zeichen dafür, daß nur eine starke nationale Bewegung in Deutschland einen maßgebenden Einfluß auf die französische Demütigungs- und Unterdrückungspolitik ausüben kann. Schon diese vielfachen Versuche von Entente-seite, den nachteiligen deutschen Erfüllungspartien die Wahlarbeit zu erleichtern, müssen dem deutschen Wähler zeigen, welche Stellungnahme die eigentlichen deutschen Interessen erfordern. Es wird Sache der deutschen Wähler sein, dafür zu sorgen, daß durch die französische Rechnung, nach den deutschen Wahlen würde ein neues Demütigungsdocument eine günstigere Aufnahme finden, ein Strich gemacht wird.

### Keine Entscheidung der Repko vor den deutschen Wahlen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Mai. Nach den Informationen, über die die Berliner amtlichen Stellen verfügen, ist nicht damit zu rechnen, daß Entscheidungen über die Sachverständigen Gutachten vor den deutschen Wahlen durch die Reparationskommission getroffen werden. Auch die nach Paris entsandten Vertreter der Reichsregierung, die dort der Reparationskommission zur Klärung bestimmter Fragen, sowie zur Geltendmachung des deutschen Standpunktes gegenüber den verschiedenen Vorschlägen der Reparationskommission zur Verfügung stehen, haben in diesem Sinne nach Berlin berichtet. Die deutschen Sachverständigen für das von der Reparationskommission zu errichtende Komitee für Eisenbahnfragen, Staatssekretär Bogat vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär Bergmann sind bereits in Paris eingetroffen. Im Komitee zur Errichtung der Eisenbahnbauf werden die deutschen Interessen vom Reichslandtagspräsidenten Dr. Schacht und einem anderen Sachverständigen, der im Augenblick noch nicht ernannt ist, vertreten. Die für das Komitee der Industrie-Delegationen bestimmten deutschen Vertreter, Geheimrat Böhmer vom Reichsverband der deutschen Industrie und Staatssekretär Dr. Trendelenburg befinden sich noch in Berlin.

### 428 französische Wahllisten.

Paris, 30. April. Vergangene Nacht um Mitternacht ist die Frist zur Einreichung der Kandidatenlisten für die französische Kammerwahl beim Ministerium des Innern abgelaufen. Es lagen um die genannte Stunde 428 Listen mit 2754 Kandidaturen vor. (W. T. B.)

## Der 1. Mai im Reiche.

### Die Mai-„Feier“ in Berlin.

Ein kommunistischer Reker verkehrt.

Berlin, 1. Mai. Die Feier des 1. Mai ist in Berlin im allgemeinen ruhig verlaufen. Da die Polizei sich in der größten Alarmbereitschaft befand, haben auch die Kommunisten entgegen ihren großsprecherischen Ankündigungen nur an vereinzelten Stellen versucht, zur „Aktion“ überzugehen. Dem polizeilichen Verbot zum Tragen der revolutionären Betriebsfahnen ihre Getreuen zu einer Demonstration in den Zuhäusern befohlen. Nach festgelegtem Plan rückten die einzelnen Kommunistenabteilungen im Lustgarten zusammen und ebenso prompt kam ein statisches Aufgebot Schutzpolizei. Die umgehängten Karabiner wurden unter den Arm genommen, die Gummiknüppel in Bereitschaft gehalten und die noch Tausenden zählende Menge in aller Ruhe in wenigen Minuten abgedrängt. Kopf an Kopf füllten die Maifeiernden den Platz zwischen Schloss und Lustgarten, und das aus den Revolutionstagen her gewohnte Hoch und Nieder erschallte. Dabei zeigten sich rote Fahnen, die, soweit sie irgend zu erreichen waren, mit samt ihren Trägern von der Polizei in Gewahrsam genommen wurden. Im Handumdrehen waren mehrere solcher Bannerträger abgeführt. Die Versuche der Feiernden, sich wieder zu Massen zu vereinigen, wurden immer prompt von der Polizei durchkreuzt. Bemerkenswert war auch, daß im Gegensatz zu früheren Jahren die heutige Maifeier eine verhältnismäßig schwache Beteiligung aufwies. Die Vertretungsstellen und die Werke der Stadt Berlin arbeiteten vollkommen regelmäßig. Auch in der Privatindustrie konnte man im Gegensatz zu den Vorjahren feststellen, daß von einer allgemeinen Arbeitsruhe keine Rede sein konnte. Die Kommunisten hatten noch in letzter Stunde mit allen Mitteln versucht, die Betriebe am 1. Mai gänzlich lahmzulegen. Überall fanden vor den Fabriken starke kommunistische Trupps, die die zur Arbeit Erschienenen zurückzuhalten versuchten und zum Teil sogar mißhandelten.

Ergänzend wird hierzu aus Berlin noch gemeldet: In der Prinzeßstraße kam es mittags zu einem schweren Zusammenstoß mit einem Zuge von 1000 Personen. Hierbei gab ein schwer bedrängter Oberwachmeister in der Notwehr einen Schuß ab. Die Kugel traf das linke Reagenmitglied der Berliner Kommunisten-Gemeinde, einen gewissen

Josef Rambo, dem die Lunge durchbohrt wurde, und verletzte eine zweite Person leicht. Die Demonstranten tobten darauf auseinander, sammelten sich aber wieder am Louise- und Elisabethufer, wo sie von verstärkter Polizei endgültig mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben wurden.

### Zwischenfälle in Oberschlesien.

Oberschlesien, 1. Mai. Heute kam es gelegentlich eines trotz Verbotes abgehaltenen Demonstrationzuges zu einer Schießerei. Ein Polizeiaufgebot suchte den Zug zu zerstreuen. Dabei fielen aus der Menge Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Zwei Personen wurden getötet, fünf verletzt, darunter eine lebensgefährlich. Der Anführer der Leute, die geschossen hatten, Blodnick aus Kachlowitz (Polen-Oberschlesien) wurde festgenommen. (wib.)

### Blutiger Verlauf in Königsberg.

Königsberg, 1. Mai. Heute vormittag gegen 11 Uhr bewegte sich trotz des Verbotes ein Demonstrationzug von 2000 Personen durch die Gassen- und die Gold-Allee. Als ein Polizeikommando den Zug zerstreuen wollte, schlugen die Demonstranten auf die Polizeibeamten mit Gummiknüppeln, Steinen usw. ein. Die Polizeibeamten zogen hierauf ihre Seitengewehre und forderten die Menge auf, auseinanderzugehen. In demselben Augenblick fiel aus der Menge ein Schuß, und ein Polizeioberwachmeister brach am Halbe getroffen zusammen; ein anderer Polizeibeamter schoß den Täter nieder. Als die Schüsse gefallen waren, stob die Masse auseinander. Es ist festgestellt worden, daß außer den beiden Schüssen noch andere Schüsse aus der Menge gefallen sind. Auch an anderen Stellen wurden die Beamten von der Menge hart bedrängt, so daß sie von ihrer Waffe Gebrauch machen mußten. (W. T. B.)

### Der 1. Mai in Frankreich.

Paris, 1. Mai. Die Maifeier ist in Frankreich, soweit bisher bekannt, in Ruhe verlaufen. Die Fabrikarbeiter traktierten fast vollkommen. In Paris verkehrten die Kraftdroschken nicht. Die Straßenbahnen, Omnibusse und Untergrundbahnen verkehrten jedoch, wenn auch mit einer starken Einschränkung des Betriebes. Am Nachmittag fanden überall von den Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten veranstaltete Versammlungen statt. Zwischenfälle sind bisher nicht gemeldet worden. (W. T. B.)

### Ein amerikanischer Sozialdemokrat über Kriegsschuld und Ruhreinbruch.

Wie die „Sächsische Industrie“, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, mitteilt, hat der Senatspräsident Schmöder (Kassel) kürzlich in der „Bayer-Zeitung“ über den Besuch des amerikanischen sozialdemokratischen Kongressrepräsentanten Victor L. Berger in Europa berichtet und dessen in dem „Milwaukee Leader“ und „Milwaukee Herald“ veröffentlichten Eindrücke wiedergegeben. In diesem Bericht behandelt der genannte amerikanische Sozialist auch die Kriegsschuldfrage und sein Urteil hierüber ist wohlthuend ab von der einseitigen Stellungnahme, die viele deutsche Sozialisten und namentlich sächsische Sozialdemokraten und sozialistische Blätter in dieser Frage eingenommen haben. Der genannte amerikanische Sozialist schreibt hierzu noch folgendes: „Nach den von der Kaiserregierung bekanntgegebenen Geheimverträgen zwischen dem Zaren, Frankreich und England

ist es eine Nichtswürdigkeit, das deutsche Volk und die alte Regierung für den Krieg allein haftbar zu machen. Der Schuldbau der alten Deutschen Regierung erscheint im Vergleich mit der Schuld der anderen Mächte als eine quantität negligible.“

Weiter spricht der Bericht davon, daß Deutschland im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons die Waffen niedergelegt habe, daß diese 14 Punkte sich aber als ebensoviel Lügen erwiesen hätten und kennzeichnen dann Frankreich als den eigentlichen Kriegsschleicher, wobei er der Grande Nation folgendes ins Stammbuch schreibt: „Frankreich ist ins Ruhrgebiet einmarschiert, um die deutsche Industrie zu erdroffen und Deutschland zu vernichten. Darauf haben die deutschen Arbeiter ihre Tätigkeit eingestellt. Ihr passiver Widerstand war eine spontane Auflehnung gegen die Verklammerung ihrer Arbeit.“ Die deutschen Arbeiter wollten auch die deutsche soziale Gesetzgebung, die der französischen schon vor der Revolution weit voraus war, vor den Franzosen schützen. Um den Widerstand der deutschen Arbeiter mit Hunger und Verzweiflung zu brechen, haben dann die Franzosen eine neue Blockade verhängt.“

Frankreich hat seinen Cent übrig, um auch nur die Zinsen seiner Schuldenmasse an England und Amerika zu zahlen. Für seinen Militarismus aber schaffte es Unsummen herbei. Es verfügt über die größte und bestequipierte Armee, die die Welt gesehen hat. Es hat achtmal soviel Flugmaschinen und Unterseeboote, als alle am Weltkrieg beteiligten gewesenen Nationen zusammen. Polen ist nichts weiteres als sein Trabant. Es muß im Interesse Frankreichs eine ungeheure Armee unterhalten. Frankreich hat den Jugoslawen eine riesige Summe für Neuaufrüstung ihrer Armee vorgestreckt, und Marshall Foch inspiziert die tschecho-slowakischen Truppen, als wären es seine eigenen. Daneben hat Frankreich die Kohlen der Kriegslügen geerbt und betreibt eine neue kostspielige Propaganda.“ Es hat in New York im Hause 308 Madison Avenue ein Informationsbureau eingerichtet und gibt dort Millionen Dollar für Propaganda-Literatur und für Reden aus. Infolge dessen ist in Amerika die große Wehrzahl auch der Intellektuellen noch eingeschoren auf die Säge: Deutschland wollte die Welt mit Feuer und Schwert unterjochen. Die Sache der Alliierten war eine heilige. Die Amerikaner sind zu ihnen als Kreuzritter herübergekommen. Sie haben gekämpft für Europas Sicherheit.“ In Wahrheit liegt die Sache anders, gekämpft wurde für den französischen Militarismus und „der Militarismus ist nie segensvoll, besonders nicht der französische Militarismus.“ „Hätten die Vereinigten Staaten sich nicht eingemischt, so wäre der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach unentschieden geblieben, die Kriegführenden wären zu irgend einer Verständigung gekommen, der hollische Vertrag von Versailles wäre unmöglich geworden, alle Nationen hätten sich längst wieder in den Dienst der Arbeit gestellt.“

### Der Beleidigungsprozeß eines Generals.

Eine bloßstellende Beweisaufnahme.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Mai. Ein Prozeß, der höchst unerbauliche Dinge ans Tageslicht brachte, fand dieser Tage in Halle statt. Wegen Beleidigung des ehemaligen Gouverneurs von Thurn, des zur Zeit in Dresden wohnenden Generalleutnants Freyer, hatte sich der Oberst Lüdecke vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Oberst hatte in einer Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Offiziersbundes gesagt: Der „rote“ Gouverneur Freyer unseligen Gedenkens habe die Schamlosigkeit befohlen, geschmückt mit dem Orden Pour le mérite, wegwerfend über den Kaiser zu sprechen. Er habe außerdem in feiger und hinterlistiger Weise aus Rücksicht über ihn, Lüdecke, berichtet. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Gouverneur bei der gesamten Bürgerschaft verhaßt gewesen ist. Bei der Maifeier schritt er mit roten Abzeichen und mit dem Pour le mérite einher und stand immer auf Seiten der Polen. Die schwarz-weiß-rote Fahne verbot er, aber die Farben der Polen ließ er zu. Beim Besuch des Soldatenheims sagte er über das Wandbild des Kaisers: Die kommt das Bild dieses Deserteurs hierher? Dem Grenzschutz war er hinderlich, verweigerte ihm die Waffen. Infolge dieses Verhaltens bestrafte man ihn, daß er die gegen Polen gerichteten Maßnahmen verraten habe. Die Offiziere der Garnison waren schließlich so erbittert, daß sie auf die Idee kamen, den Gouverneur zu verhaften. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nur wegen formaler Beleidigung zu 75 Mark Geldstrafe.